Abend-Ausgabe

76. Jahrgang. Nr. 435 — Mittwoch, 14. September 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20 011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.20 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.80 Mk. einschließlich 54 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Preisnachlaß lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Hindenburg fordert Jugendertüchtigung

Erlaß zur Bildung eines Reichskuratoriums

Berlin, 14. Sept. Die Pläne, die schon seit langem nach der Richtung bestanden, die mannigfaltigen Vereinigungen, die sich der körperlichen Ausbildung der Jugend widmen, zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen, haben nunmehr ihren organisatorischen Abschluß gefunden. Der Reichspräsident hat unter dem 13. September folgenden von dem Reichskanzler und dem Reichsinnenminister gegengezeichneten Erlaß an den Reichsinnenminister gerichtet:

„Die deutsche Jugend ist die Zukunft unseres Volkes. Seit Jahren habe ich daher mit besonderer Anteilnahme alle Bestrebungen verfolgt, die ihrer körperlichen Ertüchtigung galten. Die Stählung des Körpers, die Erziehung der Jugend zur Pflicht, Ordnungsliebe, Kameradschaft und zur Opferbereitschaft für die Gesamtheit sind Aufgaben, deren anzunehmen der Staat die Pflicht hat. Ihre Lösung wird in der Zusammenarbeit mit allen Vereinigungen verschiedenster Art erfolgen können, die schon bisher sich diesem Werk an der deutschen Jugend gewidmet haben und denen ich für diese Arbeit danke.

Um für die Zukunft aller Kräfte, denen die körperliche Ertüchtigung der deutschen Jugend am Herzen liegt, zu gemeinsamer und einheitlicher Arbeit zusammenzufassen, berufe ich hiermit ein Reichskuratorium für Jugendertüchtigung. Ich bestelle den Reichsminister des Innern zu seinem Vorsitzenden, und den General der Inf. a. D. Edwin v. Stülpnagel zum Geschäftsführenden Präsidenten.

Ich beauftrage den Reichsminister des Innern, geeignete Persönlichkeiten, die auf diesem Gebiete besondere Erfahrungen besitzen, als Mitglieder des Kuratoriums zu berufen, mir die Satzungen zur Genehmigung vorzulegen und alle Maßnahmen zur Durchführung dieses Erlasses im Benehmen mit den sonst beteiligten Reichsministerien zu treffen.

Von Hindenburg; von Papen; Freiherr von Gayl.

Das mit diesem Erlaß berufene Reichskuratorium für Jugendertüchtigung soll nicht in die Freiheit der bereits bestehenden Verbände eingreifen oder zu den Stellen, die die Förderung von Turnen und Sport sich schon bisher zur Aufgabe gemacht haben, in Gegensatz treten. In dem neuen Reichskuratorium für Jugendertüchtigung sollen vielmehr Vertreter derjenigen Verbände zusammengefaßt werden, die — mögen sie auf beruflicher oder politischer oder konfessioneller Grundlage organisiert sein — der körperlichen Ausbildung der Jugend ihre besondere Aufmerksamkeit zugewandt haben oder in Zukunft zuwenden werden. Diesen Verbänden soll ihre Arbeit vor allem dadurch erleichtert werden, daß geeignete Lehrkräfte herangebildet werden, die in der Lage sind, eine wirklich wertvolle Ausbildung zu vermitteln. Allgemeine Leibesübungen, Sport und Turnen sollen in den dafür bestehenden Vereinen selbstverständlich weiter betrieben werden.

Durch das Reichskuratorium für Jugendertüchtigung sollen alle Sportarten gefördert werden, für die sich der Ausdruck „Geländesport“ eingebürgert hat,

das heißt diejenige sportliche Betätigung, die den jungen Mann aus den Turnhallen und von den Sportplätzen hinausführt in das freie Gelände, wo er in Wanderungen, in Ordnungsübungen und Geländespielen seinen Körper stählen kann und zur Willensstärke, Ausdauer, Selbstbeherrschung, Kameradschaftlichkeit und Opferbereitschaft erzogen, und wo seine Liebe zum gemeinsamen Vaterland und zum Boden der Heimat gestärkt wird.

Das Reichskuratorium für Jugendertüchtigung, an dessen Spitze der Reichsminister des Innern steht, wird seine Absichten und Pläne in engem Einvernehmen mit den Landesregierungen durchführen. Die Vertreter der Landesregierungen werden als Mitglieder des Kuratoriums berufen werden.

Wie wir dazu weiter erfahren, ist im einzelnen folgendes geplant:

100 bis 200 Jugendliche werden je drei Wochen in etwa 20 dazu geeigneten Uebungslagern zusammengezogen. U. a. wird in Sachsen ein solches Lager in Brauna errichtet werden.

Dort werden diese Jugendlichen kostenlos verpflegt. Außerdem erhalten sie kostenlose Hin- und Rückreise. Ein Taschengeld wird nicht gezahlt. Das Tragen von Parteiabzeichen oder Uniformen ist verboten. Der sportliche Ausbildungskursus wird vielmehr in Drillichanzügen vorgenommen. In der Art der Ausbildung soll eine vollständige Abkehr von amerikanischen Sportmethoden zum Ausdruck kommen. Die Ausbildungskurse für das Lehrmaterial sind zum großen Teil bereits durchgeführt. Als Lehrer kommen in Frage Sportlehrer, ehemalige Offiziere usw., die Gehalt bekommen. Leitung und Organisation der gesamten Jugendsportlager wird unentgeltlich sein. Die Durchführung des Gedankens wird sofort in Angriff genommen. Die Teilnahme ist freiwillig. Parteipolitische Rücksichten werden nicht genommen. Es wird dafür Sorge getragen, daß die Jugendlichen aller politischen Orientierungen, mit Ausnahme der kommunistischen Jugend, die vollständig ausgeschlossen ist, an dieser Sportausbildung teilhaben.

Unfall eines Torpedobootes

Odense, 14. Sept. Ein starkes Torpedoboot, das zur deutschen Flottenabteilung gehörte, die dieser Tage Skagen besuchte, rannte heute nacht mit voller Kraft auf einen der Strompfeiler der Brücke über den Kleinen Belt. Ein Geschützturm des Torpedobootes wurde abgerissen und das Boot erlitt auch sonstige Beschädigungen. Es mußte von zwei anderen Torpedobooten bugsiert werden.

Die Vermehrung der Arbeitsgelegenheit

Berlin, 14. September. Der Reichsarbeitsminister hat zur Durchführung und Ergänzung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 Vorschriften vorbereitet, die voraussichtlich am 15. September bekanntgegeben werden. Da diese Vorschriften für die Berechnung der Arbeitnehmerzahl und der Höhe der zulässigen Unterschreitungen der Tariflöhne von wesentlicher Bedeutung sind, wird es notwendig sein, daß die Betriebe vor weiteren Schritten den Erlaß der Durchführungsvorschriften abwarten.

Empfänge beim Reichspräsidenten. Der Reichspräsident empfing am Mittwoch den Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Dr. Schwarzkopf, ferner den deutschen Generalkonsul in Neuyork, Dr. Kiep.

„Graf Zeppelin“ hat die Kapverden passiert. Das Luftschiff passierte Mittwoch um 12 Uhr MEZ. die Kapverdischen Inseln. An Bord ist alles wohl.

Kabinettsrat über den Verfassungsstreit

Ein endgültiger Bescheid Hindenburgs

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 14. Sept. Das Reichskabinett ist am Mittwochvormittag 11 Uhr zu Beratungen unter dem Vorsitz des Reichskanzlers von Papen zusammengetreten. Man bespricht in erster Linie die durch den Verfassungskonflikt geschaffene innerpolitische Lage. Es heißt, daß der Reichskanzler gestern verschiedene Male persönlich beim Reichspräsidenten war, der sich erneut restlos mit ihm solidarisierte. Auf der weiteren Tagesordnung der heutigen Kabinettssitzung steht die Frage, wann und wie gewählt werden soll. Nach wie vor steht der Wahltermin des 6. November im Vordergrund.

In Sachen der Verfassungsstreitigkeit liegen abermals zwei Briefe vor, die vom Reichstagspräsidenten Göring und dem Vorsitzenden des Ueberwachungsausschusses Löbe an den Reichsminister des Innern und an den Reichspräsidenten gerichtet sind. Beide Briefe enthalten

keinen neuen Gesichtspunkt.

Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß ein Verfassungskonflikt nicht besteht, sondern daß ein Verfassungsbruch seitens gewisser Reichstagsinstanzen vorliegt. Die Regierung gedenkt, einen Schriftwechsel mit diesen Instanzen nicht mehr weiter fortzuführen.

Das gestrige Schreiben des Reichstagspräsidenten an den Reichspräsidenten ist durch den Staatssekretär des Reichspräsidenten mit folgendem Brief beantwortet worden:

„Sehr geehrter Herr Reichstagspräsident! Der Herr Reichspräsident hat mich beauftragt, Ihnen den Empfang Ihres Schreibens vom 13. September 1932 zu bestätigen. Unter Hinweis auf sein gestern an Sie gerichtetes persönliches Schreiben läßt Ihnen der Herr Reichspräsident mitteilen, daß die nach Uebergabe der Auflösungsverordnung vom Reichstag noch gefaßten Beschlüsse verfassungswidrig und somit gegenstandslos sind. Der Herr Reichspräsident beabsichtigt daher nicht, aus diesen Beschlüssen Folgerungen zu ziehen. — Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung bin ich Ihr ergebener Dr. Meißner.“

Vertagung des Ueberwachungsausschusses

Berlin, 14. Sept. Die für 3 Uhr nachmittags anberaumte Sitzung des Ueberwachungsausschusses des Reichstages ist auf 5 Uhr nachmittags vertagt worden. Wie das Nachrichtenbüro des VDZ. erfährt, sind Bestrebungen im Gange, den Reichstagspräsidenten Göring und die Nationalsozialisten zu einem Nachgeben zu veranlassen, um die Auffassung, daß die nach dem Auflösungsakt vorgenommenen Abstimmungen rechtsgültig seien, zu revidieren. Der gestrige Beschluß des Ueberwachungsausschusses, der die Rechtsgültigkeit dieser Abstimmungen nochmals feststellt, ist nur mit den Stimmen der Nationalsozialisten und der Kommunisten zustande gekommen, während die anderen Parteien den Standpunkt vertreten, daß diese Abstimmungen keine Rechtsgültigkeit besitzen. Eine Aenderung der Auffassung der Nationalsozialisten und damit auch eine Zurücknahme der ersten Mitteilung des Reichstagspräsidenten an den Reichskanzler würde den von der Regierung angegebenen Hinderungsgrund, vor dem Ausschuß zu erscheinen, aus der Welt schaffen. Es ist aber noch nicht sicher, ob es gelingt, die Auffassung der Nationalsozialisten zu ändern.

Erklärung der Deutschen Volkspartei

Berlin, 14. September. Die bisherigen Reichstagsabgeordneten der Deutschen Volkspartei geben eine Erklärung bekannt, in der sie bedauern, daß die Reichstagsmehrheit ein Mißtrauensvotum angenommen hat, bevor noch der Reichskanzler Gelegenheit erhielt, die politischen Pläne des Kabinetts vorzutragen. Die Mehrheit habe gegenüber einer Regierung, die gewillt sei, gewissenhaft und mutig ihres Amtes zu walten und Staat und Volk vom Abgrund zurückzureißen, voreilig und übermütig den Streit vom Zaun gebrochen. Beim Kampf um staatliche Ordnung und wirtschaftlichen Aufbau lautet die Parole der Deutschen Volkspartei auch in Zukunft: Für Hindenburg und das Reich!

Die Frage der Diskontsenkung vor der BIZ.

Die Reichsbank beantragt Beseitigung der internationalen Bindungen

Berlin, 14. Sept. Wie wir von maßgebender Seite hören, ist gemäß einem Antrag der Reichsbank in die Tagesordnung der am kommenden Montag stattfindenden Sitzung des Verwaltungsrates der BIZ. die Beseitigung der internationalen Bindungen des Bankgesetzes aufgenommen worden. § 20 dieses Gesetzes besagt bekanntlich, daß der Diskontsatz mindestens 5 v. H. betragen müsse, solange die Deckung während einer Bankausweiswoche oder länger ununterbrochen unter 40 v. H. liege. Nach den letzten Ausweisen bewegte sich die Deckung um 25 v. H.

An sich ist durch das Lausanner Abkommen neben den Reparationen auch die genannte Bindung in Fortfall gekommen. Das Lausanner Abkommen ist jedoch noch nicht ratifiziert,

das Gesetz daher noch in Kraft. Eine Fühlungnahme des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther mit der BIZ. im Juli dieses Jahres in dieser Frage hatte ein ungünstiges Echo. Auf Grund des inzwischen fortgesetzten Meinungsaustausches nimmt man jedoch jetzt an, daß man am Montag zu einer Lockerung des § 20 kommen wird. — Wieweit danach die Reichsbank von der Möglichkeit einer Diskontsenkung Gebrauch machen wird, steht heute noch nicht fest. Das hängt von der politischen Lage und der Lage am Geldmarkt ab. Es ist jedoch anzunehmen, daß eine Herabsetzung um 1 v. H. auf 4 v. H. erfolgen wird.

Eine Milliarde Dollar Restzahlung an Amerika?

Neuyork, 14. September. Die Hearstpresse berichtet aus London, und zwar aus „hochstehender autoritativer Quelle“, daß die europäischen Finanzsachverständigen bei der Ausarbeitung eines Angebots an Amerika seien. Dieses Angebot soll die Zahlung von einer Milliarde Dollar an die Vereinigten Staaten vorsehen. Mit dieser Zahlung sollten die elf Milliarden Dollar Kriegsschulden der europäischen Mächte an Amerika abgelöst werden.